

# **Rhetorik als Waffe im Kampf um die öffentliche Meinung – Argumentation und Persuasion im Irak-Konflikt**

*Walther Kindt & Swen Osterkamp*

## **Einleitung**

Der drohende und letztlich durchgeführte Irak-Krieg stellte ab Ende 2002 und im ersten Quartal 2003 weltweit das bestimmende Thema der öffentlichen Diskussion dar. Die Frage, ob ein Krieg gegen den Irak eine angemessene Handlung sei, war 1991 schon einmal ein Thema, das die Menschen in der ganzen Welt beschäftigte. Speziell in Deutschland führte der damalige Golfkrieg zu erregten Diskussionen über die Legitimität militärischer Gewalt. Mittlerweile haben kriegerische Auseinandersetzungen wieder ein bedauerliches Maß an Normalität gewonnen; aber die Bereitschaft, sich für friedliche Mittel in der Politik zu engagieren, ist nach wie vor groß. Z.B. nahmen am 15.02.2003 weltweit über 6 Millionen Menschen an Friedensdemonstrationen teil. In den Medien kamen zum Thema „Krieg gegen den Irak“ vor allem Politiker, Journalisten und als Experten Militärfachleute, Ökonomen, Politikwissenschaftler und Völkerrechtler zu Wort, jedoch nur vereinzelt Linguisten. Gleichwohl hängt die Beurteilung politischer Handlungen in der öffentlichen Meinung stark davon ab, welche Begründungszusammenhänge massenmedial konstruiert und wie sie sprachlich formuliert werden. Der frühere Bundespräsident Herzog sagte einmal: „Freiheit und Demokratie brauchen die freie Rede und damit die Beredsamkeit wie die Luft zum Atmen“. (1998, 205) Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass Umfragen (Newsweek 14/3/2003) zufolge nach der Rede von US-Präsident Bush zur Lage der Nation (Bush 28/01/2003) und der Rede von US-Außenminister Powell vor der UN-Vollversammlung (Powell 05/02/2003) die Zustimmung der US-amerikanischen Bevölkerung zu einem Irak-Krieg ohne UN-Mandat von 40% auf 50% stieg. Die Argumentation der US-Regierung rief jedoch in der Öffentlichkeit und bei Journalisten auch großes Unbehagen hervor. Im Magazin Focus sprach man zum Beispiel von einer „Wildwest-Rhetorik“ (Focus 17/01/2003).

Weil wir über die Inkorrektheit<sup>1</sup> vieler in den Medien wiedergegebener Argumentationen und über den möglichen Kriegsbeginn besorgt waren, beschlossen wir im Januar 2003, linguistische Erkenntnisse zum Irak-Diskurs in die öffentliche Diskussion einzubringen und dazu neuere Methoden der Argumentationsforschung auf einschlägige politische Stellungnahmen anzuwenden (Kindt, Osterkamp & Bernard 2003). Im vorliegenden Rahmen werden unsere Untersuchungsergebnisse neu aufbereitet und unter dem Aspekt ausgewertet, dass von den politischen Akteuren über die Medien versucht wurde, Rezipienten den jeweiligen Interessen entsprechend zu beeinflussen und problematische Positionen oder Handlungen als gerechtfertigt erscheinen zu lassen. Dieser Analyse stellen wir die Ergebnisse einer Untersuchung über Äußerungen zum Golfkrieg 1991 gegenüber.

## 1. Theoretischer Rahmen

Ausgangspunkt kontroverser politischer Diskussion ist i.A. der Umstand, dass ein bestimmtes gesellschaftliches Problem vorliegt und keine Einigkeit darüber besteht, auf welche Weise es gelöst werden soll. Im Fall des Irak-Kriegs 2003 ging es um die strittige Frage, ob sich die in der UN-Resolution 1441 geforderte Entwaffnung des Iraks nur durch Anwendung militärischer Gewalt oder auch durch Inspektionen durchsetzen lasse.

Zu einer strittigen Frage können Politiker und andere gesellschaftliche Akteure in verschiedener Weise kommunikativ Stellung nehmen, z.B. in Reden, Fernseh-Interviews oder Presseerklärungen. Dabei bringt die massenmediale Weiterverbreitung eine Multi-Adressiertheit mit sich, weil die ursprünglich an ein spezielles Publikum gerichteten Äußerungen auch erhebliche Auswirkungen auf indirekte Adressaten haben können, gegebenenfalls sogar auf die „Weltöffentlichkeit“. Ein Beispiel hierfür bildet die Aussage des deutschen Bundeskanzlers Gerhard Schröder auf einer Wahlveranstaltung in Goslar am 21.1.2003, Deutschland werde sich auch im Falle eines UN-Mandates nicht an einem Irakkrieg beteiligen.

Bei einem systematischen Vergleich verschiedener Diskussionen zu ähnlichen Themen wird schnell deutlich, dass politische Kommunikation vielfach

---

<sup>1</sup> Gemessen an den Standards der Logik, siehe Abschnitt 2.

gezielt inszeniert und mit stereotypen Aussagen vorgetragen wird, um in der Öffentlichkeit bestimmte Deutungsmuster zu etablieren, die eine interessen-geleitete Einordnung des zugrunde liegenden Problems ermöglichen. Speziell basieren zugehörige Argumentationen zur Rechtfertigung oder Problematisierung politischer Handlungen oft auf einer Anwendung bestimmter logischer Schlussmuster, die in relativ präziser Form zwar schon in der Antike von Aristoteles als sogenannte *Topoi* beschrieben wurden, die man aber erst vor wenigen Jahren als systematische Grundlage für die Analyse von Alltagsargumentationen wiederentdeckt hat<sup>2</sup>. Dabei spielen insbesondere fünf Schlussmuster eine zentrale Rolle, und sie kommen auch in den Diskussionen über den Irak-Krieg immer wieder vor. Es handelt sich um die Schlussmuster

- des (zweiseitigen) Konsequenztopos
- der Analogie
- der induktiven Erfahrung
- der Autorität
- des moralischen Handelns.

Eine Entscheidung über strittige Fragen mit Hilfe dieser Schlussmuster kann verschiedene logische Defizite aufweisen. Eventuell sind einige der für einen Schluss verwendeten Prämissen sachlich falsch oder bestimmte relevante Prämissen bleiben unberücksichtigt, oder aber die Anwendung des Schlussmusters ist inkorrekt. Allerdings muss bei einer Beurteilung alltagssprachlicher Argumentation nach logischen Maßstäben ein Sachverhalt berücksichtigt werden, der verständigungstheoretisch mit Hilfe der von Grice (1975) postulierten Konversationsmaximen zu explizieren ist: Aufgrund der erforderlichen kommunikativen Ökonomie kann alltagssprachliche Argumentation nur selten den Explizitsheits- und Vollständigkeitsgrad logisch korrekter Beweisführung erreichen. Andererseits stellt letztere das Ideal für erstere in dem Sinne dar, dass sich unvollständig präsentierte Argumentationen bei Bedarf weiter explizieren lassen und dann „cum grano salis“ den Standards einer gültigen Beweisführung genügen würden. So gesehen bildet alltagssprachliche Argumentation mithilfe der betreffenden kollektiv stabilisierten Schlussmuster ein effizientes, Komplexität reduzierendes Mittel der kommunikativen Konstitution von Wirklichkeit, sie lässt aber immer auch die Möglichkeit von Missbrauch und Meinungsmanipulation offen.

---

<sup>2</sup> Siehe z.B. Kienpointner (1992), Kienpointner & Kindt (1997), Kindt (1992a/b) und bezüglich kontextspezifischer *Topoi* Volmert (1993) sowie Wengeler (i.d.Bd.).

Einen weiteren relevanten Bereich kommunikativer Aktivitäten zur Behandlung strittiger Fragen bilden neben Argumentationen bzw. diese überlagernd die zahlreichen persuasiven Strategien der Emotionalisierung und verbalen Konfliktaustragung. Hierunter fallen insbesondere direkte oder indirekte Bewertungen von Personen und Sachverhalten sowie Vorwürfe und Drohungen gegenüber Vertretern einer anderen Meinung. Dabei spielen z.B. Vorwürfe folgende Rolle in politischen Diskussionen: Natürlich ist i.A. nicht erwartbar, dass man mit Vorwürfen bei politischen Kontrahenten eine Positionsänderung in der strittigen Frage erreichen kann. Aber ihre massenmediale Verbreitung führt häufig zu einer Meinungsstabilisierung bei den Anhängern der eigenen Position und evtl. kann sie die in der strittigen Frage noch Unentschiedenen auf die eigene Seite ziehen. Wie ist dieser Effekt zu erklären? Durch Vorwürfe an politische Kontrahenten wird deren Autorität hinsichtlich Sachkompetenz oder Glaubwürdigkeit mehr oder weniger in Zweifel gezogen und auf diese Weise erscheinen möglicherweise auch deren Position und Argumentation als fragwürdig. Ein derartiger positionsdynamischer Überlagerungseffekt ist nach dem aus der Sozialpsychologie bekannten Prinzip einer Vermeidung kognitiver Dissonanzen (Festinger 1957) sogar für beliebige negative Bewertungen von Kontrahenten zu unterstellen. So können dann politische Positionen als gerechtfertigt gelten, obwohl sie sachlogisch nicht begründet sind.

Selbstverständlich haben auch Bilder eine wichtige diskursive (argumentative und persuasive) Funktion (siehe z.B. Meier i.d.Bd.), oder Konnotationen, die mit den gewählten Kategorisierungen (Volmert 1993) für Personen oder Sachverhalte verbunden sind. Positionsveränderungen bei den an einer Streitfrage Beteiligten lassen sich überdies außerhalb des Verbalen herbeiführen, z.B. durch Gewährung oder Verweigerung von Militär- oder Wirtschaftshilfe. Solche Faktoren sollen hier aber unberücksichtigt bleiben.

## **2. Methodisches Vorgehen**

Entsprechend dem vorgestellten theoretischen Rahmen werden einige zentrale Äußerungen von Kriegsbefürwortern und Kriegsgegnern anlässlich des Golfkriegs 1991 sowie des jüngsten Irak-Konflikts (in der Zeit zwischen Ende Januar 2003 und Mitte März 2003) in drei Aspekten untersucht:

- verwendete Schlussmuster
- logische Korrektheit
- persuasive Strategien

Das Untersuchungsmaterial bilden im einzelnen verschiedene Reden und in den Medien zitierte Schlüsseläußerungen von Politikern und Repräsentanten relevanter gesellschaftlicher Gruppen, aber z.B. auch Leserbriefe, Zeitungsanzeigen u.ä.

Die wichtigsten Schlussmuster (Schlusstopoi), ihre logische Fundierung und weitere relevante Begriffe werden dabei nach und nach eingeführt. Eine Zuordnung von Äußerungen zu Topoi ist teilweise anhand bestimmter Schlüsselwörter oder formelhafter Wendungen/Phraseologismen möglich, wie erstmals in Kindt (1992a) gezeigt. Da die wünschenswerten systematischen Untersuchungen hierzu noch ausstehen, muss für die Zuordnung partiell auf die eigene muttersprachliche Kompetenz zurückgegriffen werden. Die Prüfung der logischen Korrektheit von Argumentationen kommt oft nicht ohne Kenntnis inhaltlicher Zusammenhänge aus, die wir deshalb an den entsprechenden Stellen skizzieren.

Eine andere methodische Schwierigkeit ergibt sich dadurch, dass die politischen Akteure, die zur Lösung eines Problems eine bestimmte Maßnahme vorschlagen, neben dem gemeinsamen Ziel der betreffenden Problemlösung evtl. noch andere Absichten verfolgen, die von politischen Kontrahenten ggf. nicht gebilligt werden. Daher werden die ‚wahren‘ Beweggründe evtl. nie expliziert. Im Irak-Konflikt betrifft dies z.B. den Umstand, dass auch Interessen an den Ölvorkommen des Irak eine Rolle spielten. Allerdings ist es oft schwierig, entsprechende Handlungsmotive eindeutig nachzuweisen, weil man hierzu von Verhaltensweisen abduktiv auf Intentionen rückschließen muss, was nur unter bestimmten Bedingungen logisch korrekt ist. Aber selbst wenn derartige Nebenziele unzweifelhaft erkennbar sind, ergibt sich nicht zwangsläufig die Unangemessenheit der jeweils vorgeschlagenen Maßnahme. Vielmehr muss in einem solchen Fall geprüft werden, ob sich das Ziel einer Lösung des ursprünglichen Problems auch auf andere Weise erreichen lässt, ob negativenfalls die illegitimen Nebenziele durch zusätzliche Maßnahmen zu verhindern sind oder ob man die Nebenziele in Kauf nehmen muss.

### 3. Schlussmuster und persuasive Strategien anlässlich des Golfkriegs 1991

Die Zustimmung von Bürgern zu bestimmten, für sie unangenehmen politischen Maßnahmen oder gar zu einem Krieg zu erhalten, war schon immer schwierig. Insofern ist es nicht verwunderlich, dass Politiker im Laufe ihrer praktischen Tätigkeit einschlägige rhetorische Strategien erwerben, mit denen sie versuchen, die öffentliche Meinung auch in heiklen Situationen zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Entsprechende Strategien findet man bereits in den aus der Antike überlieferten Reden, also z.B. in der Geschichte des Peloponnesischen Krieges von Thukydides oder in den Reden von Cicero. Speziell für die Rechtfertigung von Gewaltanwendung und militärischen Mitteln ließe sich ein umfangreicher Katalog von situationsangepasst verwendeten Argumenten zusammenstellen: Der Gegner wird besonders negativ, also etwa als arglistig dargestellt; man verweist auf Bündnisverpflichtungen oder konstruiert den Verteidigungsfall; manchmal wird ein Präventivschlag empfohlen, um dem Gegner zuvorzukommen; man betont, lange genug Geduld geübt zu haben, und behauptet, ein weiteres Zuwarten würde die Situation bedrohlich verschärfen; es wird vor einem Macht- und Prestigeverlust des eigenen Imperiums gewarnt; man vergleicht die gegenwärtige Lage mit früheren Situationen, in denen die Entscheidung für einen Krieg erfolgreich war etc.

Unter Verweis auf eine Arbeit von P. Goetsch macht Volmert (1993) deutlich, dass es auch eine spezielle US-amerikanische Argumentationstradition für die Rechtfertigung von Kriegen gibt, in der neben den schon genannten Standardargumenten z.B. das übergeordnete Kriegsziel der Schaffung einer „humanen Weltordnung“ eine wichtige Rolle spielt. Voraussetzung für eine angemessene Beurteilung jeweiliger Argumente ist jedoch, dass man sie vor dem Hintergrund der implizit verwendeten Schlussmuster betrachtet. Eine exemplarische Untersuchung von Äußerungen des gesellschaftlichen Diskurses zum Golfkrieg 1991 in diesem Sinne liegt mit Kindt (1992a) vor. In diesem Abschnitt sollen einige relevante Materialbeispiele wiedergegeben und daran die verschiedenen Schlusstypen und persuasiven Strategien erklärt werden (zum Quellenachweis der zitierten Äußerungen vgl. Kindt 1992a).

Zur Begründung von Handlungen wird in allen Lebensbereichen sehr oft das Schlussmuster des Konsequenztopos eingesetzt. Eine logisch korrekte Anwendung dieses Schlussmusters zur Entscheidung zwischen zwei alternativen Maßnahmen liegt dann vor, wenn alle ersichtlichen positiven und negativen Kon-

sequenzen beider Maßnahmen miteinander verglichen und systematisch gegeneinander abgewogen werden. Dementsprechend ist es inkorrekt, wenn die Befürworter eines Kriegs seine negativen Konsequenzen bei ihrer Argumentation unterschlagen oder verharmlosen bzw. wenn umgekehrt Kriegsgegner nur negative Konsequenzen nennen und ggf. dramatisieren, um Angstgefühle zu erzeugen. Genau solche Strategien wurden bereits anlässlich des Golfkriegs 1991 systematisch angewendet. Beispielsweise konnte man in einem Flugblatt der GRÜNEN die stark emotionalisierende Äußerung finden: *Es ist zu befürchten, dass der Krieg eine ganze Region und ihre Menschen vergiftet, verstrahlt, verkrüppelt, ermordet*. Umgekehrt wurden Tote bei Luftangriffen von der Militärführung der Amerikaner schon damals als *modest collateral damage* („geringfügige Kollateralschäden“) bezeichnet. Genauso inakzeptabel war es, dass Kriegsbefürworter die (angeblichen) negativen Konsequenzen einer diplomatischen Lösung dramatisierten und z.B. die Behauptung aufstellten, ohne einen militärischen Eingriff werde der Irak in Kürze über atomare Waffen verfügen.

Schon im Vorfeld einer Diskussion über alternative Maßnahmen wird mit Hilfe des Konsequenztopos für die Bedrohlichkeit des konstatierten Problems und die Dringlichkeit einer Lösung argumentiert. Auch bei solchen Argumentationen findet man häufig Verfälschungen oder Überzeichnungen. So nannte der damalige amerikanische Präsident George Bush den irakischen Präsidenten Saddam Hussein einen *Teufel*, um dessen Börsartigkeit und Gefährlichkeit zu verabsolutieren; will man sich nämlich nicht den ‚teuflischen‘ Handlungen eines Gegners aussetzen, sind sofortige massive Gegenmaßnahmen erforderlich. Unvergessen bleibt auch die von einem amerikanischen Werbeunternehmen in die Welt gesetzte Propagandalüge, kuwaitische Babys seien von irakischen Soldaten aus ihren Brutkästen gerissen und ermordet worden. Die mediale Inszenierung dieser Lüge führte denn auch zu einem deutlichen Stimmungsumschwung in der US-Bevölkerung zugunsten des Kriegs.

Bei der Anwendung von Analogieschlüssen zur Begründung von Maßnahmen muss hinterfragt werden, ob die verglichenen Situationen für eine Übertragbarkeit von Schlussfolgerungen hinreichend ähnlich sind. Inwieweit manifeste Zweifel an solchen Schlüssen in politischer Kommunikation erlaubt sind, scheint allerdings kulturell unterschiedlich gehandhabt zu werden: Bekannt ist ein Interview einer westlichen Journalistin mit Ayatollah Khomeini, das im Eklat endete, weil sie seine in Form von Analogien gegebenen Antworten hartnäckig hinterfragte. Schon während des Golfkriegs 1991 wurde Saddam Hussein immer wieder mit Hitler verglichen und das Scheitern der Appeasement-Politik von

Chamberlain zur Rechtfertigung des Kriegs gegen den Irak herangezogen. Dieser Analogieschluss ist in verschiedener Hinsicht problematisch und zwar insbesondere deshalb, weil die damals als Alternative zum Krieg vorgeschlagene Politik von Wirtschaftssanktionen nicht mit Appeasement-Politik gleichzusetzen war.

Für politische Maßnahmen wird häufig mit fragwürdigen oder eindeutig inkorrekten induktiven Generalisierungen argumentiert. Wieder mit Bezug auf den 2. Weltkrieg machten Befürworter des Golfkriegs 1991 historische Erfahrungen für ihre Position geltend; z.B. wandte der damalige israelische Präsident Herzog gegen die Vertreter einer diplomatischen Lösung ein: *Gerade die Europäer sollten doch inzwischen gelernt haben, was Untätigkeit gegenüber solchen Gefahren, wie sie das Regime Saddam Husseins für den Nahen Osten und die Welt langfristig darstellen, bedeutet.* Umgekehrt beriefen sich Kriegsgegner auf negative historische Erfahrungen mit Kriegen; z.B. konnte man in einer Zeitungsanzeige der IG Metall lesen: *Der Krieg gegen den Irak löst kein einziges Problem.*

Die Begründung einer Position mit einem Autoritätsschluss bedeutet, dass man sich auf eine gleichlautende Auffassung einer Autorität beruft oder den Vertretern der gegnerischen Position die Eigenschaft, eine Autorität darzustellen, abspricht. Schon Aristoteles unterschied drei verschiedene Arten der Autorität, nämlich eine quantitative, eine qualitative und eine moralische Variante. Autoritätsschlüsse sind generell problematisch; insbesondere ist aber leicht einzusehen, dass es logisch riskant ist, sich für die Geltung einer Aussage auf die quantitative Autorität einer Mehrheitsmeinung zu berufen. Gleichwohl wird auch diese Art von Autoritätsschlüssen in politischen Diskussionen häufig praktiziert. So machten in Deutschland Befürworter des Golfkriegs 1991 eine durch Umfragen gestützte Mehrheitsmeinung für ihre Position geltend und wiesen Kriegsgegnern eine irrelevante Minderheitenposition zu.

Neben legitimen moralischen Schlüssen (als solche stufen wir den Bezug auf allgemein akzeptierte Normen wie das Völkerrecht ein) spielten in den Diskussionen über den Golfkrieg 1991 auch fragwürdige derartige Schlüsse eine wichtige Rolle. Beispielsweise argumentierte der Alt-Bundeskanzler Helmut Schmidt, die Vertreter einer pazifistischen Position handelten unmoralisch, weil sie die Eroberung Kuwaits und die Raketenangriffe auf Israel nicht zur Kenntnis nähmen. Korrekt wäre es gewesen, wenn Schmidt auf eine seiner Meinung nach unzutreffende Relevanzeinschätzung der beiden Sachverhalte hingewiesen hätte; es gibt aber kein moralisches Prinzip, das die Meinungsfreiheit, abweichende Sachverhaltsbewertungen zu vertreten, einschränkt. Umgekehrt liegt dem schon



damals von Kriegsgegnern verwendeten Slogan *Kein Blut für Öl* ein unzulässiger moralischer Schluss zugrunde, weil in ihm als ausschließliches Kriegsziel die Durchsetzung US-amerikanischer Ölinteressen unterstellt und nicht versucht wird, eine angemessene Gesamtbewertung der zugrunde liegenden Motivkonstellation vorzunehmen.

Wie sich denken lässt, kann man in den Diskussionen über den Golfkrieg 1991 auch ein reichhaltiges Repertoire an Emotionalisierungs- und Konfliktstrategien in Gestalt von negativen Bewertungen, Beschimpfungen, Vorwürfen und Drohungen entdecken. Da wurden Demonstranten gegen den Krieg als *hirnlose Minderheit* gescholten und Stimmen in Israel sprachen von *hässlichen Deutschen*. Ein immer wiederkehrender Vorwurf gegen Friedensdemonstranten richtete sich gegen deren angebliche Inkonsequenz: *Wer von denen, die jetzt auf die Straße gehen, hat gegen den irakischen Einmarsch in Kuwait demonstriert? Wer hat sich gegen den Einsatz von Giftgas im irakisch-iranischen Konflikt erhoben?* Häufig wurde auch der Vorwurf des Antiamerikanismus erhoben und Kriegsgegner wurden als ‚nützliche Idioten‘ eingestuft, die den Zielen Saddam Husseins entgegenkämen. Eine besondere Rolle spielte schließlich der Vorwurf der Undankbarkeit gegenüber den Amerikanern, z. B. in der Äußerung: *Haben wir es nicht gerade diesen Alliierten zu verdanken, dass wir schon seit über 40 Jahren in einer freiheitlichen Demokratie leben?*

#### 4. Rhetorik-Missbrauch bei den Befürwortern des Irak-Kriegs 2003

Die politische Diskussion über den jüngsten Irak-Konflikt weist trotz gewisser Unterschiede (u.a. kein vorausgegangener Angriff seitens des Irak, Erfordernis der Terrorismusbekämpfung) viele Ähnlichkeiten mit der Auseinandersetzung im Jahr 1991 auf. Insbesondere war die Ausgangssituation vergleichbar, dass die Öffentlichkeit in vielen Ländern der Welt und zunächst auch in den USA einen Krieg gegen den Irak kritisch beurteilte. Wer angesichts der sich politisch zuspitzenden Lage Ende 2002/Anfang 2003 auf eine faire Diskussion über das Für und Wider eines Kriegs gegen den Irak gehofft hatte, der musste bald enttäuscht zur Kenntnis nehmen, dass zunehmend bestimmte, auf positionsdynamische Überlagerungseffekte abzielende Emotionalisierungs- und Konfliktstrategien den öffentlichen Diskurs bestimmten. In diesem Sinne sind zahlreiche Äußerungen von Kriegsbefürwortern zu problematisieren, weil in ihnen inakzeptable Beschimpf-

fungen, Diskreditierungen, Vorwürfe oder sogar Drohungen gegenüber Kriegsgegnern formuliert wurden. War schon die viel diskutierte Bemerkung des amerikanischen Verteidigungsministers Rumsfeld über *das alte Europa* (Rumsfeld 05/02/2003) und die Gleichsetzung von Deutschland mit Kuba und Libyen (Rumsfeld 23/01/2003) wenig hilfreich, so diente es erst recht nicht der Verständigung, wenn in der amerikanischen Presse Deutsche und Franzosen der Feigheit (*Achse der Wiesel*) gescholten und der französische Präsident Chirac als *Ratte* verunglimpft werden (siehe Younge & Henley 2003 für eine Sammlung von Beschimpfungen). Ohnehin erweisen sich bei näherer Betrachtung die meisten der erhobenen Vorwürfe als ungerechtfertigt. So liegen dem häufig an Deutschland gerichteten Vorwurf eines Antiamerikanismus zwei unzulässige Schlüsse zugrunde: Weder darf man vom Verhalten eines kleinen Teils der deutschen Bevölkerung auf das der ganzen Bevölkerung schließen noch resultiert aus einer kritischen Haltung gegenüber der Politik der US-Regierung eine negative Einstellung zu den USA. Illegitim war auch der u.a. vom US-Kongresspolitiker Lantos gegen Belgier, Deutsche und Franzosen erhobene Undankbarkeitsvorwurf (Lantos 12/02/2003), weil es keinen logischen Zusammenhang zwischen der Verpflichtung zu Dankbarkeit gegenüber Amerika und dem Recht gibt, andere Auffassungen als die US-Regierung zu vertreten. Vielmehr wird mit diesem Vorwurf lediglich der Dissonanzvermeidungseffekt genutzt. Den schon bekannten Inkonsistenzvorwurf gegen Friedensdemonstranten formulierten diesmal der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Paul Spiegel, und die Journalistin Lea Rosh. Letztere monierte in stereotyper Formulierung: „*Wo bleiben die Proteste gegen die Ermordung der Kurden, gegen die Ermordung der Schiiten?*“ (Rosh 20/02/2003) Darf man aber aus der Tatsache, dass Demonstranten gegen einen Sachverhalt demonstrieren und gegen einen zweiten nicht, darauf schließen, dass sie mit dem zweiten Sachverhalt einverstanden sind?

Ein relevanter sachlogischer Zusammenhang zum Kriegsthema bestand allerdings bei einem Vorwurf, der u.a. von der CDU-Vorsitzenden Merkel formuliert wurde (Merkel 20/02/2003): Der deutsche Bundeskanzler habe durch seine frühzeitige Festlegung auf ein Nein zum Krieg den Druck auf den Irak gemindert; dadurch –so folgerte Merkel– sei ein Krieg sogar wahrscheinlicher geworden. Die Behauptung einer Druckverminderung wäre allenfalls dann korrekt gewesen, wenn sich die US-Regierung in ihrer Haltung zum Krieg durch die Position der deutschen Regierung hätte beeinflussen lassen; tatsächlich war seinerzeit aber schon erkennbar, dass die US-Regierung ihre Kriegsdrohung unabhängig von einem Konsens mit Deutschland wahrzumachen gedachte.

Wenn man nun die Argumentationen im engeren Sinne betrachtet, mit denen Kriegsbefürworter und insbesondere der US-Präsident und seine Regierung ihre Position begründeten, dann fällt zunächst auf, dass sie eine sehr viel negativere Situationseinschätzung hinsichtlich der realen Bedrohung durch den Irak postulierten als die Kriegsgegner. Dies betraf insbesondere drei Fragen:

- Welche Möglichkeiten besitzt der Irak zur Herstellung und zum Einsatz von Massenvernichtungswaffen?
- Wie wahrscheinlich ist es, dass Saddam Hussein von Massenvernichtungswaffen Gebrauch macht?
- Besteht das Risiko einer Weitergabe von Massenvernichtungswaffen an Terroristen?

Einerseits musste man den Kriegsbefürwortern nach dem damaligen Kenntnisstand zugestehen, dass sie verschiedene möglicherweise berechnete Argumente für ihre Situationseinschätzung anführten; andererseits basierte diese Einschätzung auf problematischen (und – wie man jetzt weiß – teilweise manipulierten) Aussagen über Hinweise auf Massenvernichtungswaffen im Irak, über die Unberechenbarkeit von Saddam Hussein sowie das ihm zugeschriebene Motiv, den Mittleren Osten erobern zu wollen, und schließlich über angebliche Beziehungen zwischen dem Irak und Al-Qaida. Aus den unterschiedlichen Situationseinschätzungen ergaben sich dann divergierende Schlussfolgerungen hinsichtlich der Frage, wie schnell eine Entwaffnung des Irak erreicht werden müsse. Die Zweckmäßigkeit einer möglichst schnellen Entwaffnung zu folgern, erscheint korrekt. Hieraus ließ sich aber nicht die von der US-Regierung konstruierte Problemlösungsalternative ableiten: Entweder müsse der Irak sofort und uneingeschränkt mit den UN-Inspektoren zwecks seiner Entwaffnung kooperieren oder ein Krieg gegen den Irak sei unvermeidlich. In seiner Rede am 5.2.2003 vor dem UN-Sicherheitsrat argumentierte der US-Außenminister Powell, der erste Fall sei (bisher) nicht gegeben und suggerierte so die Geltung des zweiten Falls. Um aber eine Zustimmung der UN zu einem Krieg zu erreichen, konstruierte die US-Regierung nach gleichem Muster eine weitere illegitime Alternative: Entweder müsse die UN ihre Resolutionen gegen die Verstöße des irakischen Regimes mit militärischer Macht durchsetzen oder der UN-Sicherheitsrat verliere seine Bedeutung. Gleichzeitig wurde angedroht, notfalls werde Amerika ohne UN-Mandat einen Krieg gegen den Irak beginnen.

Um auch einen Krieg im Alleingang zu rechtfertigen, machte die US-Regierung von der ganzen, schon mehrfach angesprochenen Palette inkorrektur Argumentationsstrategien Gebrauch. Bei Begründungen mit dem Konsequenztopos wurden nur positive Konsequenzen wie eine Verbesserung der amerikanischen Sicherheitslage genannt, negative Kriegsfolgen wie Hunger und Tod bei der Zivilbevölkerung, Flüchtlingselend, Kriegskosten etc. aber weitgehend verschwiegen. Insbesondere fehlte eine Auseinandersetzung mit den Argumenten der Kriegsgegner hinsichtlich der (sich mittlerweile bestätigenden) negativen Auswirkungen auf das Terrorismusproblem, den Israel-Palästina-Konflikt sowie die Aufwertung von Krieg als Mittel der Politik. Weiterhin argumentierte der amerikanische Präsident George W. Bush in seiner Rede zur Lage der Nation (Bush 28/01/2003) mit der fragwürdigen induktiven Generalisierung, es sei Amerikas historisch gewachsene Pflicht, grausame Diktatoren zu bekämpfen und jetzt liege mit dem Irak ein solcher Fall vor. Neu gegenüber dem Golfkrieg 1991 war aber, dass sich Bush jun. auf die Autorität von Gott berief: Gott habe die Amerikaner aufgerufen, ihr Land zu verteidigen und die Welt zum Frieden zu führen.

Was schließlich den Bereich moralischer Argumentationen angeht, so wurde zum einen beispielsweise Frankreich unterstellt, nur aufgrund wirtschaftlicher Interessen eine Anti-Kriegs-Position einzunehmen; das amerikanische Ziel, von den Ölreserven im Irak zu profitieren, blieb jedoch unerwähnt (Bush 28/01/2003). Zum anderen versuchte die Bush-Regierung zunehmend, die öffentliche Meinung auf ihre Seite zu ziehen, indem der anvisierte Krieg durch Nennung positiver Ziele wie die Befreiung des Iraks von der Diktatur und die Lösung des Nahost-Konflikts moralisch gerechtfertigt wurde (Bush 26/02/2003: *„Alte Konfliktmuster im Nahen Osten können durchbrochen werden ... Und die Absetzung des derzeitigen Regimes im Irak böte eine solche Chance.“* Bush 17/03/2003: *„Anders als Saddam Hussein glauben wir, das irakische Volk verdient und ist fähig zu menschlicher Freiheit.“*). Dabei verschwieg sie aber die Völkerrechtswidrigkeit eines Krieges zugunsten solcher Ziele. Um diesen Mangel zu verschleiern, wurde eine schon von Aristoteles beschriebene Strategie der (Um-)Definition angewendet: Als primären Kriegsgrund gab Bush nämlich die Verteidigung des Friedens aus und dabei definierte er, eine Lebenszukunft unter einer ständigen schrecklichen Bedrohung könne man keinen Frieden nennen. Zugleich stellte Bush einen solchen Verteidigungskrieg als Amerika aufgezwungen dar und behauptete, es gebe keinen Handlungsspielraum für andere Problemlösungen und Schuld an dem Krieg habe allein Saddam Hussein (Bush 06/03/2003: *„Saddam hat die Wahl“*).

## 5. Rhetorisches Fehlverhalten von Kriegsgegnern

Nachfolgend soll mit einigen Beispielen belegt werden, dass auch Kriegsgegner inakzeptable rhetorische Strategien verwendeten, um die öffentliche Meinung in ihrem Sinne zu beeinflussen. Das ist umso bedauerlicher, als sie u. E. insgesamt gesehen die besseren Argumente auf ihrer Seite hatten. Dies gilt insbesondere für das Argument der Völkerrechtswidrigkeit des Irak-Kriegs. Allerdings war genau genommen<sup>3</sup> nur eine Ja-Aber-Position vertretbar, die eine friedliche Lösung für den Fall vorgesehen hätte, dass Saddam Hussein der UN-Resolution 1441 ausreichend nachgekommen wäre.

Schwere Vorwürfe gegen die Kriegsbefürworter enthielt schon die Neujaursansprache des Papstes; sie sind allerdings indirekt formuliert und müssen inferiert werden wie z.B. in der Äußerung: *Das Völkerrecht, der aufrichtige Dialog, die Solidarität zwischen den Staaten und die ehrenvolle Ausübung der Diplomatie sind jene Mittel zur Lösung von Streitigkeiten, die des Menschen und der Nationen würdig sind.* Dies bedeutet mit anderen Worten, dass ein Krieg nicht zu den ‚würdigen‘ politischen Mitteln gehört und dass sich diejenigen, die sich dieses Mittels bedienen, generell menschenunwürdig verhalten.

Ohne wechselseitige Vorwürfe sind Sitzungen im deutschen Bundestag derzeit nicht denkbar. So formulierte der Bundeskanzler Schröder am 13.02.2003 an die Adresse der Opposition den innenpolitisch motivierten Vorwurf: *Gewiss, es gibt auch in unserem Land eine Koalition der Willigen für einen Krieg. Die CDU/CSU gehört dazu. Ihnen setzen wir mit der Mehrheit in unserem Volk, den Mut zum Frieden entgegen.* Auch der französische Präsident Chirac verstand es auszuteilen: Mit einem illegitimen moralischen Autoritätsargument maßregelte er beim EU-Sondergipfel am 18.02.2003 einige Beitrittsländer, die eine pro-amerikanische Erklärung unterzeichnet hatten, als *wenig gut erzogen*; sie hätten *eine gute Gelegenheit verpasst, zu schweigen*. Eigentlich sollte man glauben, dass in Europa die Zeiten vorbei sind, in denen es nach dem moralischen Autoritätstopos als unziemlich galt, bestimmten sozial höherrangigen Personen zu widersprechen.

Inkorrekte Anwendungen des Konsequenztopos bezogen sich bei Kriegsgegnern beispielsweise darauf, dass die Risiken und Umsetzungsschwierigkeiten einer Problemlösung mit Inspektionen nicht thematisiert und dass die negativen

---

<sup>3</sup> Unter der Voraussetzung, dass man den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen als eine völkerrechtsetzende Norm akzeptiert.

Kriegsfolgen dramatisiert wurden. So sah der Papst in seiner Ansprache die Zukunft der Menschheit bedroht und der bekannte Psychoanalytiker Horst-Eberhard Richter bezeichnete den drohenden Krieg als *einseitige Massenhinrichtung*. Ein Spezifikum der Argumentation von Kriegsgegnern war die häufige Verwendung undifferenzierter induktiver Generalisierungen über den Krieg. Dies betraf Äußerungen wie *Krieg löst keine Probleme, er schafft neue* oder *Krieg ist immer ein Verbrechen* und in der Ansprache des Papstes heißt es: „*Nein zum Krieg!*“! *Er ist nie ein unabwendbares Schicksal, er ist immer eine Niederlage der Menschheit.* Wenn sich der Papst zu einer strittigen Frage so eindeutig äußert, dann entsteht dadurch das Problem, dass seine Äußerungen ggf. zu einer missbräuchlichen Verwendung des Autoritätstopos genutzt werden. So konfrontierte die italienische Illustrierte *Famiglia Cristiana* ihre Leser mit der Alternativfrage *Bist du auf der Seite des Papstes oder auf der von Bush?* Diese Frage ließ für Katholiken eigentlich nur eine Antwort zu und legte damit eine Übernahme der Antikriegsposition nahe.

Schließlich verwendeten auch Kriegsgegner inkorrekte moralische Argumentationen und einseitige Motivunterstellungen wie den schon im Golfkrieg 1991 vorkommenden Slogan *Kein Blut für Öl.*

## 6. Fazit

Insgesamt sollten die in den vorangegangenen Abschnitten dargestellten Befunde gezeigt haben, dass in politischen Diskussionen wie über den Irak-Konflikt in starkem Maße von Strategien Gebrauch gemacht wird, die gemessen am Ideal einer rationalen Argumentation und fairen Konfliktlösung als problematisch einzustufen sind. Was sind die Gründe dafür?

Prinzipiell hängt dieser Sachverhalt zunächst damit zusammen, dass in unserer westlichen Kultur das Verfahren einer polarisierenden antagonistischen Argumentation dominiert. Dieses Verfahren ist zwar für das Ziel einer Problematisierung von Positionen effizient, reicht aber nicht aus, wenn es um eine logisch korrekte rationale Entscheidung zwischen alternativen Auffassungen geht. Beispielsweise lässt sich die Legitimität einer Maßnahme zwar zu Recht durch Nennung einer zugehörigen negativen Konsequenz anzweifeln, für eine rational begründete Zurückweisung der Maßnahme müssen aber alle erkennbaren relevanten

Konsequenzen berücksichtigt und in einen Abwägungsprozess eingebracht werden.

Auf diese Weise entsteht die Gefahr, dass argumentative Vereinfachungen und der Einsatz emotionalisierender Strategien genutzt werden, um die Interesseleitetheit von politischer Kommunikation zu verschleiern. Die gravierenden negativen Folgen insbesondere eines Kriegs für Tausende von Menschen lassen aber keinen Raum für eine Duldung sachfremder politischer Interessen und deshalb sollte nicht toleriert werden, dass durch fragwürdige rhetorische Strategien Mehrheitsmeinungen zustande kommen, auf die Regierende die Legitimität ihrer Handlungen stützen.

Der negative Aspekt antagonistischer Argumentationen relativiert sich allerdings, wenn man sich klar macht, dass sie günstigenfalls notwendige Teile eines kollektiven Prozesses der Konstitution von sozialer Wirklichkeit sind, die aufeinander bezogen werden müssen und sich wechselseitig ergänzen können. Angewendet auf den Irak-Konflikt bedeutet dies, dass man im gesamtgesellschaftlichen Argumentationsprozess sowohl die Kriegs- als auch die Antikriegsposition sowie starke gesellschaftliche Kräfte hinter ihnen benötigte: Wenn der Irak-Krieg schon nicht verhindert werden konnte, so spielte der von den Kriegsgegnern erzeugte Meinungsdruck anders als beim Golfkrieg 1991 zumindest eine wichtige Rolle für die kritische Begleitung des Kriegsgeschehens und für die gegenwärtige Nachkriegspolitik. Andererseits wäre es auch für eine nichtmilitärische Konfliktlösung notwendig gewesen, Saddam Hussein deutlich zu machen, dass sich die Kriegsbefürworter durchsetzen würden, wenn er der UN-Resolution 1441 nicht nachkäme.

Welche Forderungen ergeben sich aus den Ergebnissen unserer Analyse an die verschiedenen Akteure in gesellschaftlichen Diskursen? Von Politikern und jeweiligen Interessenvertretern ist zu verlangen, dass sie in weit stärkerem Maße als bisher auf inkorrekte rhetorische Strategien verzichten und eine auf kooperativen Erkenntnisgewinn angelegte Argumentation verfolgen. Die nach Kriegsende andauernde weltweite öffentliche Diskussion über die Mängel von Argumentation und Informationspolitik der US-amerikanischen und der britischen Regierung, die u.a. zum Rücktritt des britischen Informationsministers Campbells führte, können als Beleg dafür gelten, wie wichtig eine systematische Kontrolle der argumentativen Korrektheit politischer Positionen und ein konsequenter Widerstand gegen Manipulationen der öffentlichen Meinung sind.

Berichterstatter und Medienverantwortliche sollten sicherstellen, dass die Vertreter unterschiedlicher Positionen gleichberechtigt zu Wort kommen, damit

sie sich im Rahmen der gesellschaftlichen Kommunikation und Wirklichkeitskonstitution wechselseitig ergänzen und korrigieren können. Zugleich sind Bürgerinnen und Bürger aufgefordert, sich in ihren jeweiligen gesellschaftlichen Zusammenhängen zu artikulieren, um Einseitigkeiten im Diskurs der gewählten Parlamentarier und anderer in den Medien präsender Akteure zu kompensieren; grundsätzlich geht es dabei auch darum, demokratische Grundprinzipien wie die Freiheit der Meinungsäußerung und das Recht auf korrekte Information durch Inanspruchnahme lebendig zu erhalten.

Last but not least sollte sich die linguistische Diskursforschung darum bemühen, die kommunikativ rhetorischen Mechanismen von Meinungsbildung und von politischen Entscheidungsprozessen aufzudecken sowie die erforderliche Analysekompetenz zu fördern. Hierzu sollte der vorliegende Aufsatz einen kleinen Beitrag leisten.

### Quellenangaben der zitierten Texte und Reden

- Bush, George W. (28/01/2003). Bericht zur Lage der Nation von US-Präsident George W. Bush. Washington. [z.B. als Online-Dokument] URL <http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden/regionen/irak/bush-lage.html>.
- Bush, George W. (26/02/2003). Rede von Präsident George W. Bush beim American Enterprise Institute, Washington. [z.B. als Online-Dokument] URL <http://www.usembassy.de/us-botschaft-cgi/ad-detail.cgi?lfdnr=1540>.
- Bush, George W. (06/03/2003). Pressekonferenz von Präsident George W. Bush. Washington. [z.B. als Online-Dokument] URL <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2003/03/20030306-8.html>.
- Bush, George W. (17/03/2003). Rede an die Nation von US-Präsident George W. Bush. Washington. [z.B. als Online-Dokument]. URL <http://www.rhetorik.ch/Aktuell/bushkriegsreden/48hours-d.html>.
- Chirac, Jacques (17/02/2003). Chirac bei EU-Sondergipfel in Brüssel. [z.B. als Online-Dokument] URL <http://www.ftd.de/pw/eu/1045472700493.html?nv=rs>.
- Focus (27/01/2003). Irak - Der umzingelte Diktator, Focus 005/2003.
- Französisch-russisch-deutsche Erklärung zum Irak (15/03/2003). [z.B. als Online-Dokument] URL <http://www.bundesregierung.de/index-413.472472/Franzoesisch-russisch-deutsche.htm>.
- Lantos, Tom (12/02/2003). Abgeordneter Lantos vor dem Auswärtigen Ausschuß des US-Repräsentantenhauses. [z.B. als Online-Dokument] URL <http://www.derstandard.net/?id=1210131>.



- Merkel, Angela (20/02/2003). Schröder spricht nicht für alle Deutschen. Washington Post. [z.B. als Online-Dokument] URL [http://www.angela-merkel.de/ueberzeugung\\_sub5.php?offset=9](http://www.angela-merkel.de/ueberzeugung_sub5.php?offset=9).
- Newsweek-Umfrage (14/03/2003). „Please tell me if you would support or oppose U.S. military action against Iraq in each of the following circumstances ...“ 23.-24/1/2003 vs. 6-7/2/2003 [z.B. als Online-Dokument]. URL <http://www.pollingreport.com/iraq4.htm>.
- Papst Johannes Paul II (13/01/2003). Neujahrsansprache vor dem Diplomatischen Corps. [z.B. als Online-Dokument] URL <http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden/regionen/Irak/Stimmen/vatikan.html>.
- Powell, Colin (05/02/2003). US secretary of state's address to the United Nations security council. [als Online-Dokument] URL <http://www.guardian.co.uk/Iraq/Story/0,2763,889531,00.html>.
- Richter, Horst-Eberhard (14/02/2003). zitiert nach „Ein Euro gegen den Krieg“. Frankfurter Rundschau, [z.B. Online-Dokument] URL [http://www.fr-aktuell.de/uebersicht/alle\\_dossiers/politik\\_ausland/irak\\_nach\\_dem\\_krieg/die\\_waffeninspektionen/?cnt=129055&](http://www.fr-aktuell.de/uebersicht/alle_dossiers/politik_ausland/irak_nach_dem_krieg/die_waffeninspektionen/?cnt=129055&).
- Rosh, Lea (20/02/2003). „Wenn nichts hilft, bleibt nur Krieg“. Interview, Frankfurter Rundschau. [z.B. als Online-Dokument] URL [http://www.fr-aktuell.de/uebersicht/alle\\_dossiers/politik\\_ausland/irak\\_nach\\_dem\\_krieg/die\\_waffeninspektionen/?cnt=138204&](http://www.fr-aktuell.de/uebersicht/alle_dossiers/politik_ausland/irak_nach_dem_krieg/die_waffeninspektionen/?cnt=138204&).
- Rumsfeld, Donald (23/01/2003). Das Alte Europa. Pressekonferenz. [z.B. als Online-Dokument] URL <http://morgenpost.berlin1.de/archiv2003/030124/politik/story579110.html>.
- Rumsfeld, Donald (05/02/2003). Rede vor einem Ausschuß des US-Kongresses. [z.B. als Online-Dokument] URL <http://www.n-tv.de/3098664.html>.
- Schröder, Gerhard (13/2/2003). Unsere Verantwortung für den Frieden, Regierungserklärung. [als Online-Dokument] URL [http://www.zeit.de/politik/regierungserklaerung\\_schroeder](http://www.zeit.de/politik/regierungserklaerung_schroeder).
- Younge, Gary & Henley, Jon (2003). Wimps, weasels and monkeys - the US media view of 'perfidious France'. The Guardian, 11/02/2003. [als Online-Dokument]. URL <http://www.guardian.co.uk/Iraq/Story/0,2763,893250,00.html>.

## Literatur

- Aristoteles (ca. 330 v.Chr). *Rhetorik*. Bearb. von Franz Sieveke (1980). München: Wilhelm Fink.
- Festinger, Leon (1957). *A theory of cognitive dissonance*. Evanston, Ill.: Row, Peterson & Co.
- Grewenig, Adi (Hrsg.) (1993). *Inszenierte Information: Politik und strategische Kommunikation in den Medien*. Opladen: Westdt. Verlag.
- Grice, Herbert Paul (1975). Logic and conversation. In: Cole, P. & Morgan, J.L.(Hrsg.), *Syntax and Semantics III: Speech acts*. New York: Academic Press, 41-58.
- Herzog, Roman (1998). Rhetorik in der Demokratie. In: Ueding, Gert & Vogel, Thomas (Hrsg.), *Von der Kunst der Rede und Beredsamkeit*. Tübingen, 205-215.

- Kienpointner, Manfred (1992). *Alltagslogik: Struktur und Funktion von Argumentationsmustern*. Stuttgart-Bad Cannstatt: Frommann-Holzboog.
- Kienpointner, Manfred & Kindt, Walther (1997). On the problem of bias in political argumentation. In: *Journal of Pragmatics*, 27, 5, 555-585.
- Kindt, Walther (1992a). Argumentation und Konfliktaustragung in Äußerungen über den Golf-Krieg. In: *Zeitschrift für Sprachwissenschaft*, 11 (2), 189-215.
- Kindt, Walther (1992b). Organisationsformen des Argumentierens in natürlicher Sprache, In: Paschen, H. & Wigger, L. (Hrsg.), *Pädagogisches Argumentieren*. Weinheim: Dt. Studien-Verlag, 95-120.
- Kindt, Walther, Osterkamp, Swen & Bernard, Tim (2003). Die Waffen der Rhetorik. In: *Frankfurter Rundschau*, 7.3.2003, [auch als Online-Dokument] URL <http://www.uni-bielefeld.de/lili/personen/kindt/texte/irakkonflikt.html>.
- Klein, Josef (1987). *Die Konklusiven Sprechhandlungen*. Tübingen: Niemeyer.
- Meier, Stefan (2004). Zeichenlesen im Netzdiskurs - Überlegungen zu einer semiotischen Diskursanalyse multimedialer Kommunikation. *In diesem Band*.
- Musolff, Andreas (1996). *Krieg gegen die Öffentlichkeit: Terrorismus und politischer Sprachgebrauch*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Volmert, Johannes (1993). "While the world prayed for peace, Saddam prepared for war." Bushs Fernsehrede zur Eröffnung des Luftkriegs gegen den Irak. In Grewenig, Adi (Hrsg.), *Inszenierte Information. Politik und strategische Kommunikation in den Medien*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 198-230.
- Wengeler, Martin (2004). Assimilation, Ansturm der Armen und die Grenze der Aufnahmefähigkeit: Bausteine einer linguistisch „integrativen“ Diskursgeschichtsschreibung. *In diesem Band*.